



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/76 - 31.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Scheinopposition innerhalb der Regierungskoalition	S. 1
Britische Grafschaftswahlen	S. 3
Bonn und deutsche Einheit	S. 5
Zur Tagung des Königsteiner Kreises	S. 6

Bedenken ohne Wirkung

(ep) Stellungnahmen der einzelnen Regierungsparteien mussten in den letzten Wochen den Eindruck erwecken, dass die Politik Adenauers in der Koalition auf Kritik und Widerstand gestossen ist. In der Frage der deutschen Wiedervereinigung vertritt nicht nur Minister Kaiser, sondern auch ein Teil der CDU-Fraktion eine Politik, die es ablehnt, von vornherein und ausschliesslich von der Annahme eines Nein auszugehen. Und in der Saarfrage haben FDP und Deutsche Partei unmissverständlich zu erkennen gegeben, dass sie - im Gegensatz zu ihrem Kanzler - nicht bereit sind, deutsches Recht und deutsche Interessen an der Saar preiszugeben. Auch an der unter Adenauers Verantwortung stehenden Personalpolitik im Auswärtigen Amt und in der Dienststelle Blank wird von Regierungsparteien scharfe Kritik geübt. Man kann nicht sagen, dass alles sei eine zwangsläufige Erscheinung für eine Koalitionsregierung, die sich nun einmal aus verschiedenen Parteien und Meinungen zusammensetzt. Denn die erwähnten Meinungsverschiedenheiten in entscheidend wichtigen Fragen der Aussenpolitik, über deren Grundzüge man sich doch bisher so einig war, resultieren wie die in den personalpolitischen Fragen aus der verschiedenen demokratischen Grundhaltung, über die sich die Regierungsparteien eigentlich auch einig sein müssten. Sachlich gesehen können die gegenwärtigen

Differenzen im Lager der Koalition also nicht bagatellisiert werden.

Die Regierungsparteien spüren, welche hohen Preise für die Zurverfügungstellung deutscher Kontingente paradoxerweise von den Westmächten verlangt werden, und das auch dann, wenn die Bundesregierung bereit ist, die deutsch-alliierten Verträge selbst ohne deutsche Souveränität zu akzeptieren. Zwei dieser Preise sind genannt worden. Der eine besteht darin, der Teilnahme an der Verteidigungsgemeinschaft unter allen Umständen den Vorrang vor der Ausnutzung aller Möglichkeiten zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu geben. Ein anderer Preis verlangt das Einverständnis zu der Herauslösung der Saar aus Deutschland. Es ist kein Wunder, dass vielen Abgeordneten in den Regierungsparteien die Unterstützung einer Politik schwer fällt, die diese Preise zu zahlen bereit ist. Aber werden diese Kräfte der noch einmal aufflackernden Einsicht in die tatsächliche Lage nachgeben und den Kanzler zur Revision seiner Aussenpolitik zwingen?

Sie werden es nicht un; denn auch sie sind letztlich davon überzeugt, dass eine europäische Verteidigungsgemeinschaft um jeden Preis das Ziel der Regierungspolitik sein muss. Darum werden die Regierungsparteien auch bei der bevorstehenden aussenpolitischen Bundestagadebatte Dr. Adenauer keine Schwierigkeiten bereiten. Sie werden ihn schliesslich bestätigen, wie sie es immer getan haben, und sich einmal mehr damit abfinden, dass nicht die Parteien der Koalition, sondern nur der Bundeskanzler die Politik der Regierung bestimmt.

Wenn die Regierungsparteien dem Kanzler etwas abverlangen, so wird es seine Zusicherung sein, dass die Worte Gleichberechtigung und Souveränität in den Verträgen möglichst oft genannt werden und dass man die verzichtvolle Saarpolitik endgültig als europäische Leistung deklariert. Und in der Frage des Notenwechsels bzw. der Wiedervereinigung werden die Kritiker des Bundeskanzlers auf Formulierungen in den offiziellen Erklärungen bestehen, die bei der Bevölkerung wenigstens den Eindruck vermeiden, die europäische Armee sei der Regierung viel wichtiger. An der Politik Adenauers werden die Widerstände, auf die er jetzt gestossen ist, nichts ändern. Dazu ist es schon zu spät oder noch ein gutes Jahr zu früh.

Britische Provinzwahlen am 3. April

B.C.-London, Ende

Am Donnerstag, den 3. April, finden Wahlen zu den "County Councils" statt, zu den 62 Parlamenten der 60 Grafschaften von England, Schottland und Wales (die sechs "Ulster"-Grafschaften von Nordirland wählen nächstes Jahr). Eine Grafschaft ist im Durchschnitt erheblich kleiner, als eine frühere preussische Provinz, jedoch auch viel grösser als ein Kreis.

Der "Grafschaftsrat" (County Council) ist ein wichtiges und ziemlich mächtiges Organ der Selbstverwaltung, dem die Ausführung fast aller nicht-fiskalischen Gesetze von der Zentralregierung delegiert ist. Erziehungswesen, Gesundheitspflege, Kunst und Kultur, Strassenbau, in vielen Fällen auch Wohnungsbau und -verwaltung sind nur einige der Dinge, mit denen sich dieses Parlament befasst. Es wird alle drei Jahre gewählt, doch ist merkwürdigerweise gerade in der Arbeiterschaft das Interesse an diesen wichtigen Wahlen viel geringer als bei denen zum House of Commons. So kommt es, dass die Wahlbeteiligung gewöhnlich zehn bis zwanzig Prozent unter der zum Nationalparlament liegt, und dass selbst Grafschaften, die ins House of Commons vorwiegend Labourabgeordnete entsenden, zumeist in ihren eigenen Councils konservative Mehrheiten haben, die dann die Gesetzgebung einer Labour-Regierung nur schleppend und widerstrebend ausführen, wie z.B. beim Wohnungsbau von 1945 bis 1951. Gegenwärtig hat Labour seit den 1949er Wahlen nur in acht Grafschaften (London, Durham, Derbyshire, Nottinghamshire, Staffordshire, Glamorgan, Monmouth und Caermarthenshire) eine klare Mehrheit, obwohl doch selbst bei der nationalen Wahl vom Oktober 1951 die Gesamtzahl der Labourstimmen die der Tories um 700.000 übertraf. In etwa einem Dutzend der County Councils aber ist die Mehrheit so gering, dass die am Donnerstag stattfindende Wahl das Bild völlig verschieben kann.

Für Labour ist die Aufgabe, das Interesse der arbeitenden Bevölkerung an diesen wichtigen Provinzialwahlen zu vertiefen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die Anhänger an die Urnen zu bringen. Da es, allein schon aus finanziellen Gründen, unmöglich ist, den Wahlkampf so dramatisch zu führen, wie es bei Wahlen zum House of

Commons üblich ist (die Bürgerlichen tun es wohlweislich nicht, da sie ja an geringer Wahlbeteiligung ein Interesse haben), liegt die Hauptaufgabe mehr als je beim "Canvasser", dem freiwilligen Werber, der nach Feierabend mit Flugblattmaterial und gutgeölter Stimme von Tür zu Tür geht und mit den Stimmberechtigten spricht, diskutiert, ja häufig streitet.

Dieses Jahr kommt den County-Wahlen deswegen besondere Bedeutung zu, weil sie so kurz nach dem Klassenkampf-Budget der Tory-Regierung stattfinden, dass viele glauben, dass das Ergebnis eine Wetterfahne für die Stimmung im Lande sein kann. Falls es der Labour Party gelingen sollte, die von Butlers Teuerung schwer betroffenen Arbeiter in so grosser Zahl an die Urnen zu bringen, dass eine wesentliche Zahl der Grafschafteräte erobert werden, so wird man das als einen Protest gegen den Torykurs auffassen müssen. Ist aber die Wahlbeteiligung gering, so würden die Konservativen ihre Mehrheiten in den meisten Fällen wohl behaupten.

+ + +

Trumans Bekenntnis

Aus Anlass seines Verzichtes auf eine neue Kandidatur.

"Es sind heute in der Welt drei Kräfte am Werk. Einmal der russische Imperialismus - der sich nicht sehr vom zaristischen Imperialismus unterscheidet. Dann die internationale kommunistische Verschwörung, die der russische Imperialismus dazu benutzt, überall den wieder auflebenden fanatischen Nationalismus aufzuputschen. Und drittens die vereinten Kräfte des Hungers, der Not und der Unsicherheit, welche die Herzen der Menschen mit Furcht erfüllen und ihnen das Gefühl geben, über kurz oder lang werde etwas schiefgehen in der Welt.

Das Zusammenwirken jener drei Kräfte macht es für uns sehr schwer das zu erreichen, was wir zu erreichen suchen: nämlich nichts anderes in der Welt als Glück und Zufriedenheit für jedermann.

Ich glaube, es bestehen recht gute Aussichten, jene Furcht zu überwinden. Das ist das Ziel, auf das ich ständig hinarbeite. Mag sein, dass wir es in dieser Generation oder auch in der nächsten noch nicht ganz erreichen, aber wir können das Schiff auslaufen lassen, das uns dorthin bringen wird, und das ist das Entscheidende!"

(Auszug aus den soeben veröffentlichten Tagebüchern des Präsidenten)

+ + +

Bonn's Haltung wird unverständlich

Aus der Sowjetzone wird uns von besonderer Seite geschrieben:

"Wir in der Ostzone haben seit Jahr und Tag die von dem Bundeskanzler zu uns herübertönenden Bekenntnisse zur deutschen Einheit zwar stets gern vernommen, aber wir sind dabei von einem nagenden Gefühl des Zweifels nie ganz frei geworden. In nachdenklichen Stunden beschlich uns oft die Befürchtung, hinter den Einheitsbeteuerungen stünde am Ende vielleicht gar nicht der entschlossene Wille, vom Westen her alles zu tun, um die Zonengrenze so bald wie irgend möglich verschwinden zu lassen.

Bislang haben wir in der Ostzone uns damit zu trösten versucht, wir seien vielleicht allzu mißtrauisch. Es wird freilich niemand bestreiten können, daß von der maßgebendsten Stelle in Bonn in den letzten Jahren kaum eine erwähnenswerte Initiative in gesamtdeutscher Richtung ausgegangen ist. Man ließ die Dinge treiben, und nicht selten war sogar so etwas wie ein Unbehagen darüber spürbar, daß die Aktivität des Ostens gelegentlich zu eigenen Stellungnahmen zwang. Was im übrigen vom Westen her in Sachen der Wiedervereinigung geschah, war sichtbar oder unsichtbar das Werk der Sozialdemokratie.

Was bisher nur bange Vermutung war, ist inzwischen zur erschrecklichen Gewißheit geworden: Dem deutschen Bundeskanzler ist die Wiedervereinigung Deutschlands heileibe nicht die nationalpolitische Aufgabe Nr. 1; sie rangiert vielmehr auf seinem Terminkalender und in seinem Konzept sehr weit hinten, sozusagen in der Rubrik: Ferner liefern ...

Als Moskau seinen jüngsten Vorstoß in der Deutschlandfrage startete, der auf jeden Unvoreingenommenen allein schon wegen seines äusseren Kurswechsels alarmierend wirkte, war die erste Reaktion aus der unmittelbaren Umgebung Dr. Adenauers etwa diese: Der Schritt des Kreml ist ein plummes Täuschungsmanöver, mit dem man sich gar nicht ernsthaft zu befassen brauchte. Das war unerträglich. - Es kam aber noch schlimmer. Der in den USA weilende Staatssekretär Hallstein ging über den Schritt der Sowjet-Union mit einer flotten Handbewegung "Nichts Neues" zur Tagesordnung über. Der Bundeskanzler sprach von "einem Fetzen Papier". Dieser Herausforderung folgten weitere. So

sollten, nach Ansicht Dr. Adenauers, die Sowjets zunächst einmal die UN-Kommission in der von ihnen besetzten Zone sich die dort herrschenden undemokratischen Zustände vor aller Welt ausdrücklich und freiwillig bescheinigen lassen. Sodann sollte Moskau sich zur Rückgabe der Gebiete hinter der Oder und Neiße bereiterklären. Erst wenn dies geschehen sei, sollte nach dem Willen Dr. Adenauers über eine Wiedervereinigung Deutschlands verhandelt werden können.

Hier ist die Frage erlaubt: Weiß eigentlich der Bundeskanzler, was er tut? Seine Politik in der Deutschlandfrage verstößt gegen die wichtigsten nationalen deutschen Interessen. Es ist weder Deutschlands Aufgabe, Osteuropa zu "befrieden", noch kann es Sinn und Inhalt einer richtig verstandenen deutschen Friedenspolitik sein, unentwegt die Sowjet-Union herauszufordern, wie es in diesen letzten Wochen durch den Kanzler Dr. Adenauer geschehen ist.

Wir in der Ostzone fragen voll Sorge: Findet diese Politik, die die Gefahr der Spaltung Deutschlands verewigt, die Zustimmung eines großen Teiles der Bevölkerung in Westdeutschland?

+ + +

Tagung ohne Aussprache

1-Bonn

Die Frühjahrstagung des Königsteiner Kreises, die am Wochenende in Bonn stattfand, war eine der farblosesten seit Bestehen dieser Vereinigung. Einmal stand sie organisatorisch offenbar unter einem Unstern: Von den vier vorgesehenen Referenten waren drei am Erscheinen verhindert und zwar der Strafrechtler Prof. Lange-Köln, der international bekannte Soziologe Prof. Alfred Weber-Heidelberg und der Regierende Bürgermeister Reuter-Berlin. Dieses Mißgeschick rechtfertigt aber nicht allein die einleitend wiedergegebene Beurteilung. Bedenklich erscheint vielmehr, daß im Gegensatz zu den vorhergegangenen Tagungen eine Aussprache praktisch nicht stattfand.

Die von Staatssekretär Thediek verlesene Begrüßungsansprache des erkrankten Bundesministers Jakob Kaiser stellte die Priorität der Frage der Wiedervereinigung klar heraus. Kaiser machte zur Antwort der Westmächte auf die Sowjet-Karte nach grundsätzlicher Zustimmung die ^{unfallend vage} Einschränkung, daß "zu dem einen oder anderen Punkt dieser Antwort dies oder jenes zu bemerken sei".

Zu dem von Prof. Werner Weber-Göttingen gegebenen Bericht des Verfassungsausschusses des Kreises machte lediglich Prof. Scheuner-Bonn, Ausführungen, die zwar nützlich, aber nicht als eigentlicher Diskussionsbeitrag zu werten waren. Dann beendete ein Antrag auf Schluß der Debatte überraschend die Diskussion.

Gerade hier wäre aber eine Vertiefung der wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vielfach nur andeutungsweise wiedergegebenen Arbeitsergebnisse des Kreises wertvoll gewesen. Wie man hört, soll sich der Verfassungsausschuß des Königsteiner Kreises darüber einig sein, daß die internationale Kontrolle gesamtdeutscher Wahlen durchaus auch durch die vier Großmächte erfolgen könne. Man denkt dabei etwa an eine Regelung, wie sie im Vermächte-Sektor von Wien heute noch wirksam ist. Das Bestreben der sowjetzonalen Regierung, die Viermächte-Kontrolle - ohne die Befugnis, örtlich einzugreifen - über einem allmächtigen "gesamtdeutschen" zentralen Wahlausschuß schweben zu lassen, sei allerdings schärfstens abzulehnen.

Zu dem wirtschaftspolitischen Referat von Prof. Gleitze-Berlin (anstelle von Prof. Lange) sprach lediglich ein Diskussionsredner.

Für den Sonntag vormittag hatte sich der Vorstand des Kreises als Ersatzredner den Bundestagsabgeordneten Tillmanns, Berlin, verschrieben. Tillmanns gab im wesentlichen die Konzeption der Bundesregierung in der Frage der deutschen Einheit, der westeuropäischen Integration und des Wehrbeitrages wieder. Bemerkenswert war seine Feststellung, daß die Entstehung der Bundesrepublik von der Hoffnung begleitet gewesen sei, daß die Bundesrepublik eine dynamische Wirkung in Richtung auf eine Wiedervereinigung ausüben werde. Heute meine man manchmal fast, die Entwicklung verlaufe umgekehrt.

Auch nach der verständlicherweise im übrigen einseitigen Stellungnahme des CDU-Politikers Tillmanns kam es zu keiner Aussprache. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, des neuernannten Präsidenten des Bundeskriminalamtes Jess, wurde mit Mehrheit beschlossen, auf eine Diskussion zu verzichten. In der Öffentlichkeit haben die Ausführungen des Bundesministers Kaiser offensichtlich einen stärkeren Eindruck hinterlassen, als das Referat des Abgeordneten Tillmanns. Die für Sonntag mittag vorgesehene Pressekonferenz fiel, wie gesagt wurde, wegen vorzeitiger Abreise einiger Vorstandsmitglieder aus...

Verantwortlich: Peter Raunau